

Dienstreise nach Rumänien

23. bis 27. Februar 2016



Teilnehmer:

Land Vorarlberg:

- Johannes Rauch – Landesrat
- Wolfgang Meier - IV a
- Gerhard Hagen – Entwicklungshilfe
- Michael König – Entwicklungshilfe

Stadt Dornbirn:

- Andrea Kaufmann – Bürgermeisterin
- Marie-Louise Hinterauer – Stadträtin für Soziales
- Sabine Sandholzer-Hämmerle – Gruppenleiterin Recht, Sicherheit und Ordnung
- Elisabeth Fink-Schneider – Gruppenleiterin Gesundheit, Soziales und Pflege
- Georg Hofer – Soziales
- Silvano Aukenthaler – Stadtpolizei

Aktuelle (politische) Rahmenbedingungen in Rumänien:

Im November 2015 ist Ministerpräsident Victor Ponta wegen Korruptionsvorwürfen zurückgetreten. Neuer Regierungschef ist der parteilose frühere EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos. Der 46-jährige Agrarfachmann soll die Regierung bis zur nächsten regulären Parlamentswahl im Herbst 2016 führen. Sein Kabinett besteht aus parteilosen Fachleuten. Die neue Regierung besteht teils aus Fachleuten, die bisher in der EU-Kommission gearbeitet haben, teils aus Hochschulprofessoren, Vertretern aus der Privatwirtschaft und Diplomaten. Diese Übergangsregierung soll die notwendigen Reformen vorbereiten.

Es wurde eine staatliche Antikorruptionsbehörde eingesetzt, die derzeit alle Hände voll zu tun hat. Ein großer Teil der früheren Minister und der amtierenden Bürgermeister sind derzeit angeklagt oder sitzen bereits im Gefängnis.

In Rumänien beginnen die staatlichen und lokalen sozialen Programme (für Roma, aber auch marginalisierte Rumänen) erst anzulaufen. Schwierig ist die Tatsache, dass die nationalen, regionalen und lokalen Regierungen sehr rasch wechseln. Eine paradoxe Wirkung der endlich greifenden und konsequenten Korruptionsbekämpfung ist, dass aus lauter Angst Fehler zu machen oder der Korruption bezichtigt zu werden, vielfach gar nicht mehr entschieden wird, auch nicht über saubere, gute Hilfsprojekte. Was auf allen Ebenen fehlt, ist die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den politischen Ebenen und Behörden, aber vor allem mit den NGOs.

Folgende Gespräche wurden geführt:

- Ministerin für Soziales, Familien und Arbeitsmarkt Claudia Ana-Costea und Staatssekretär Adrian-Marius DOBRE
- Valeriu Nicolae – Staatsrat für Roma
- Adrian Dumitru – Bürgermeister von Blejoi
- Dr. Anemari-Helen Neculescu – Geschäftsführerin von Habitat for Humanity
- Christian Mihai Ganea – Bürgermeister von Ploiesti
- George Pana – Vizebürgermeister von Ploiesti
- Ion Micuta - Roma Vertreter der Stadt Ploiesti
- Alina Mihaela Istratescu – Communication und PR Department von Ploiesti
- Carmen Daniela Gheorge – Kommandantin Stadtpolizei Ploiesti
- Dr. Gerhard Reiweger – österreichischer Botschafter in Rumänien
- Benedikt Saupe – stellvertretender österreichischer Botschafter in Rumänien
- Elena Matache – Landesleiterin für Concordia in Rumänien
- Diana Certan – Concordia Rumänien
- Cornelia Burtscher – Concordia Rumänien
- Christian Estermann – Direktor Berufsschule Concordia Rumänien
- Marius Diaconu - Leiter der Notschlafstelle und Sozialzentrum Sf. Lazar
- Mihaela Sindila – Leiterin Kinder- und Erwachsenenwohlfahrtsbehörde für den Kreis Prahova
- Alexander Peyre Dutrey – Stellvertretender Botschafter Schweden

Ministerin Claudia-Ana Costea (Ministerin für Arbeit, Familien, Soziales und Senioren)

Gleichbehandlung von Roma ist gesetzlich verankert.

Es gibt eine nationale Strategie, die auf die Integration und Inklusion der Roma in die Gesellschaft ausgerichtet ist; Integration soll in Rumänien sichtbar werden. Dazu gibt es auch ein Legislativpaket. Schwerpunktthemen sind Wohnen, Beschäftigung und Gleichbehandlung.

Roma gibt es in allen gesellschaftlichen Schichten.

Viele Roma sind jedoch immer noch in ihrer herkömmlichen Sozialisation verankert. Es sind Nomaden, die ihre geschichtlich tradierten Vorstellungen von Lebensentwürfen haben und wenig bis kein Verständnis für die herrschenden Gesetze und Regeln aufbringen.

Ca. 100.000 Roma sind überhaupt nicht registriert, deshalb kann man nicht sagen, wieviel Kinder nicht in die Schule gehen.

Sie sind nicht registriert, weil sie das selbst nicht wollen. Sie lassen sich vordergründig deshalb nicht registrieren, da sie bei diversen Gesetzesübertretungen (Diebstahl, ...) für die Exekutive auch kaum greifbar sind.

Das größte Problem ist nicht die Diskriminierung sondern die Selbstdiskriminierung dieser Gruppen.

Sozial- und Krankenversicherung:

Voraussetzung: Registrierung. Wenn ein Familienangehöriger versichert ist, dann ist damit die ganze Familie versichert. Arbeit ist dafür nicht Voraussetzung.

In Notfällen werden auch Menschen ohne Identitätskarte behandelt.

Integration:

Ziel: soziale Inklusion durch gezielte Programme.

Integration von diesen Gruppen von Roma kann nur durch ihre Kinder gelingen. Deshalb ist wichtig, mit den Eltern zu arbeiten.

Rumänische und internationale NGOs bieten Programme: z.B.

- Anreize schaffen für Familien, die sie dazu bringen, die Kinder in den Kindergarten und Schule zu schicken
- Inklusion durch Sport, Kunst, kleine Handarbeiten, ..
- Sozialarbeiter gehen von Tür zu Tür um zu erheben, welche Familien brauchen und erhalten Unterstützung

Notreisende, die eine rumänische Identitätskarte haben:

- Sie sind versichert.
- Sie können in Rumänien in die Schule.
- Sie können in Rumänien Arbeit bekommen.

Sie können sich in Rumänien beteiligen, es ist nicht wahr, dass sie keine Chance haben.

Roma, die in Westeuropa betteln, können 500 bis 1000 EUR/Monat bekommen. Das ist viel mehr als der Durchschnittsgehalt in Rumänien, z.B. das Gehalt eines Universitätsprofessors in Rumänien.

Rumänien hat bilaterale Abkommen zu Romafragen mit europäischen Staaten

Es gibt vom Ministerium Programmserien „Soziale Inklusion und Wohlfahrt“, die mit EU-Mitteln co-finanziert sind.

Ziele:

- Keine Kinder ohne Identität
- Kindergarten und Einschulung der Kinder
- Verminderung von Schulabbrechern
- Bildung und Ausbildung
- Verminderung von häusliche Gewalt

Ministerin bietet uns eine direkte Kooperation an. Nur durch Kooperation und Dialog können wir das Problem lösen.



Staatsrat Valeriu Nicolae

Valeriu Nicolae ist selbst Roma. Er berät die Regierung in Romafragen. Er arbeitet 10 % und an seinen Wochenenden direkt mit Roma auf der Straße. In seinen Projekten sind 5.000 Menschen erfasst.

Notreisende Roma:

- Sie sind seit 1999 aus dem Land und betteln seit Generationen
- Ihre Sozialisation: Ich lerne zu stehlen und zu betteln mit 5 Jahren und ich lerne es vom Boss
- Sie haben eigene Regeln
- Sie kommen aus einer Realität, in der es ums Überleben geht

Sie sind 1999 aus dem Land gegangen weil sie in Deutschland ein Vielfaches im Vergleich zu 32 DM / Monat in Rumänien machen konnten. Das Leben in Westeuropa ist für sie Luxus.

Wie kann man das ändern?

Rumänische Roma liegen in der Verantwortung des Rumänischen Staates.

Es wird Jahre dauern um das Problem zu lösen.

Bei den Kindern ansetzen: Schule attraktiv machen durch Sport (Fußball), weil man die Kinder dazu leichter bewegen kann. Wenn die Kinder in die Schule gehen, ist die Chance 9 x höher, dass sie nicht kriminell werden.

Roma-Kinder haben einen anderen Referenzrahmen als für uns verständlich. Sie sehen bei ihren Eltern Betteln als Arbeit, folglich ist Betteln für diese Kinder gleichbedeutend wie ein Beruf für Kinder bei uns. Das „Berufsziel“ vieler Kinder ist folglich, auch zu Betteln. Das große Ziel ist dann Betteln im Ausland, weil es dort mehr zu verdienen gibt.

Es gibt genügend EU- Mittel (23 Milliarden EUR)

Problem: sie kommen nicht in den Armenvierteln an.

Sie werden für Konferenzen u.ä. ausgegeben, Brüssel will die Art der Förderungen nicht umstellen, sie direkt in Armenviertel zu investieren

4 Milliarden sind für direkte soziale Inklusion erforderlich

Wie kann es gelingen, dass diese 23 Milliarden EUR EU-Gelder direkt in die Armenviertel investiert werden?

Valeriu Nicolae appelliert an uns

- Lobbying bei der EU-Kommission zu machen, die Mittel gezielter einzusetzen. Frans Timmermans (zuständiger EU-Kommissar) und sein Kabinett sind gefordert
- Ausschuss der Regionen müsste Druck auf EU-Kommission ausüben

Zur Situation in Rumänien

ID Karte bekommt man nur, wenn man Wohnanschrift und Geburtsurkunde hat.

Es gibt 173 800 Kinder, die nicht in die Schule gehen.

Es gibt die politische Entscheidung: die Registrierungen konsequent durchzuführen

Sterblichkeitsrate bei Geburten

17	100.000 Europa
25	100.000 Rumänien
157	100.000 Roma

Wie würden Sie unser Problem lösen?

- 1) Druck auf EU ausüben, die EU-Mittel gezielter einzusetzen
- 2) Konsequenz die Einhaltung der Gesetze verlangen, Zusammenarbeit der Österreichischen und Rumänischen Polizei (man kann auch Roma-Polizisten bekommen)
- 3) Identifikation der Romagruppen – auf Polizeiebene
- 4) Ganz klare Vorgangsweise mit diesen Gruppen – es braucht Abschreckung (gute Experten können ihnen sagen, wie das geht)
- 5) Kontakt mit Roma-Experten in Österreich- er wird uns die Kontaktdaten von 3 Experten schicken.
- 6) Tickets zu geben war ein Fehler, das wird eher das Problem verdoppeln.
- 7) Er würde betteln nicht verbieten, weil es besser ist als einbrechen. Er geht davon aus, dass mit einem Bettelverbot die Diebstähle steigen)

Wie ist es mit Gewalt in der Familie?

Es ist gefährlich für die Frauen, die Gewalt anzuzeigen. Sie sind abhängig und in einem Teufelskreis verfangen.



Bürgermeister Cristian Mihai Ganea Ploiesti

Romathematik ist sehr komplex. Es gibt viele, die sich gut integriert haben. Es gibt aber jene, die im geschichtlich tradierten Sozialverhalten geblieben sind. Meist haben diese besonders viele Kinder.

Es gibt Einschulungsprogramme, die bereits jetzt laufen. Bildung für Kinder steht im Vordergrund. Es gibt Programme für Hausbau in Bereasca und Mimi. Stadt versucht, die illegalen Häuser zu legalisieren.

Stadt Ploiesti hat im Viertel Bereasca 3 ha Land zur Verfügung gestellt um Sozialwohnungen vor Ort einzurichten. In Bereasca ist jetzt neu eine lokale Polizeistation eingerichtet.

Man muss zumindest einen Mindestbeitrag (5,5 % 20 € per Monat) zahlen, dann bekommt man die Krankenversicherung.

Seine persönliche Meinung: Diese Gruppen von Roma sind Nomaden. Wenn man ihnen nichts mehr gibt, werden sie am ehesten zurückkehren. Wenn sie wollen, können sie sich in Rumänien integrieren. Es ist jedoch lukrativer für sie zu gehen.

Romaproblematik ist nicht erst seit EU-Beitritt entstanden. Aber jetzt auch in EU-Ländern sichtbar. Auch in Ploiesti betteln sie täglich und es gibt Einbrüche.

Budget von der Stadt?

Sie brauchen kein gesondertes Geld dafür, sie müssen die Grundstücke nur identifizieren, dann werden die Grundstücke gratis zur Verfügung gestellt.

Wieviel kommt an von EU-Gelder?

Es gab sehr viele Inklusionsvorschläge, die nie finanziert wurden. Der Zugang zu den EU-Töpfen, auch den bereits speziell gewidmeten, ist mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden und die Projektausformulierungen sind recht komplex. Die Kapazität, EU-konforme bilaterale Projekte auszuformulieren, ist lokal nicht vorhanden.

Was ist mit der Nationalen Strategie? Ja es gibt sie, nur sie ist nicht finanziert. Sie wird vom EU-Strukturfonds finanziert. Das Geld kommt nicht direkt, es kommt nur wenn man bilaterale Projekte vorstellt. Es gibt derzeit defacto nur punktuelle Aktionen.

Bürgermeister und Vizebürgermeister:

- 1) Die notreisenden Roma aus Bereasca, gehören nicht zu den ärmsten, sie sind bei uns, um Geld zu machen. Der Ruf, dass man in Österreich besonders viel Geld machen kann, eilt uns voraus. (im Vergleich liegt das monatliche Mindestgehalt in Rumänien bei € 200)
- 2) Austausch der Polizei zwischen Ploiesti und Dornbirn
- 3) keine Toleranz bei Regel- und Gesetzesverstößen und sehr streng auftreten.

Rumänien ist von Auswanderungswelle betroffen, Bevölkerungszahl reduziert sich durch Abwanderung, das ist nicht erwünscht.





Ion Micuta – Romavertreter und Berater der Stadt in Romafragen

Er ist Universitätsprofessor und Präsident von Cine suntem = NGO und ist auch für die Roma-Partei tätig.

Die Situation wie in Ploiesti gibt es in ganz Rumänien.

Ansätze zur Lösung des Problems

- 1) Wohnen legalisieren, Arbeitsplätze schaffen (Sozialbusiness)
So könnte man sie Schritt für Schritt zurückholen.
- 2) Bildung bei den Kindern (Kindergarten, Schule)
Auf diese Weise sollte man die Projektgelder investieren

Die Mehrzahl der Roma ist in Rumänien integriert.

Die Bewohner von Bereasca sind zum Teil sehr traditionell, leben in Großfamilien, ein großes Problem ist, dass sie die Kinder nicht in die Schule schicken.

Das Problem in Ploiesti sind die unsicheren politischen Verhältnisse mit ständig wechselnden Ansprechpersonen, dadurch ist die Umsetzung von Projekten erschwert.

Roma-Viertel Bercasca





Bürgermeister Adrian Dumitru - Blejoi

8750 Einwohner

Wir haben keine große Roma-Community. Offiziell gibt es keine Roma, weil sich bei der letzten Volkszählung niemand als Roma deklariert hat.

200 Roma sind in Blejoi registriert. Ca. 100 sind tatsächlich hier. Es sind viele im Ausland. Alle haben Identitätskarten. Nicht alle haben ein Haus hier, die ihre Meldeadresse hier haben.

Nur 10 % von den Roma haben eine Arbeitsanstellung. Es sind niedrige Arbeiten. Es wird den Roma in Vorarlberg besser gehen als hier, deshalb gehen sie.

Es fehlt die Bereitschaft zur Integration.

In Blejoi gibt es Programme um Schulbesuch und Kindergartenbesuch zu forcieren.

Sie arbeiten hier sehr stark an Frühintervention und daran, die Akten zur Legalisierung herzustellen.

Infrastruktur wird als fortschrittlich bezeichnet.

Kinder besuchen meist nur 4-5 Klassen; sie kommen dann einfach nicht mehr.

Es wird versucht ein Bonussystem einzurichten, um Anreiz zu schaffen, zB Sozialhilfe an den Schulbesuch zu knüpfen. Vieles wird nicht genutzt.

Bürgermeister fragt uns, warum die Leute den Roma dann überhaupt noch etwas geben, wenn bei uns die soziale Stimmung kippt.

Seine persönliche Meinung: Betteln ist ein sehr alter Beruf. Sie alle haben die Technik erlernt, auf die Mitleidsdrüse zu drücken.



Mitarbeiterin aus dem Sozialdienst:

Sie nennt zwei Familien, die hier die größten Probleme und bringen das gesamte Umfeld durcheinander bringen. Genau diese beiden Familien machen auch in Dornbirn große Probleme.

Wie sieht es mit der Sozialhilfe aus?

Sozialhilfe: 42 € pro Person/Monat

Es sind alles arbeitsfähige Leute. Von 120 Anträgen auf Sozialhilfe sind 20 Personen übriggeblieben. Sie hätten Arbeit bekommen, wollen aber nicht.

Es gibt nur 8 Polizisten in Blejoi. Mit Erwachsenen Roma aus Blejoi haben sie keine Schwierigkeiten, jedoch die Kinder in den Schulen machen das Klima kaputt. Probleme haben sie mit den Roma aus Ploiesti.

Beispiel Sozialhilfe:

Familie mit 4 Kindern ohne Arbeit

Sozialhilfe 600 LEI

Familienbeihilfe 300 LEI

= Ca. 250 – 300 € / Monat

Vermutlich verdienen sie das mit Betteln in Vorarlberg in 2 bis 3 Tagen.

400 - 500 € braucht man auch in Rumänien zum Leben.

Gesetzeslage ist gut ausgestattet. Es gibt extra Plätze für Roma in Gymnasien und Universität. Die allerdings nicht gefüllt sind.



Mihaela Sindila Leiterin der Kinder-Jugend- und Erwachsenenwohlfahrt Ploiesti – Kreis Prahova

Wie funktioniert die staatliche Sozialhilfe?

Weit über 2.000 Fälle (Erwachsene und Kinder) werden von der Wohlfahrtsbehörde betreut. In Rumänien hat jeder Kreis (=Bundesland) in jeder Kommune Sozialarbeiter. Der Kreis Prahova hat 104 Gemeinden. Theoretisch sollten sie auch präventiv arbeiten.

Keine Wohlfahrtstradition in Rumänien. Die Strukturen befinden sich teilweise noch im Aufbau.

Was wird von Seiten der Wohlfahrt für Roma getan in Prahova?

Es wird kein Unterschied gemacht zwischen Roma oder anderen Rumänen. Entscheidend ist der jeweilige Bedarf.

Zusammenarbeit geht über die Romarepräsentanten.

Die Klärung der Identität ist vorrangig, leider dauert das oft lange.

Zugang zur Medizin: Versorgung ist nicht gegeben, wenn sie keine ID haben.

Bei der Schule ist es dasselbe Problem.

Betteln ist auch hier ein großes Problem.

Bei Gefährdung des Kindeswohls gibt es ein Erstaufnahmezentrum. Bei Gefahr in Verzug werden die Kinder den Eltern weggenommen; bei der Feststellung ob Gefahr in Verzug ist, muss die Polizei mitwirken.

Betteln mit Kindern ist verboten und defacto ein Grund, ihnen die Kinder wegzunehmen. Das muss allerdings sehr gut dokumentiert werden.

Gesetz: Kinder dürfen weder unbeaufsichtigt sein, noch ausgenutzt werden (z.B. zum Betteln angehalten werden).

Seit letztem Jahr gibt es ein neues Gesetz, das besagt, wenn ein Elternteil das Land verlässt, muss man das der Stadt melden. Wenn beide Eltern das Land verlassen müssen sie eine Person benennen, die sich um die Kinder kümmern. Wenn das nicht erfolgt und das Kind nicht adäquat versorgt ist, dann kann man das Kind wegnehmen.

Ist reine Obdachlosigkeit: Grund Kinder zu entziehen?

Theoretisch ja, allerdings nur bei Gefahr in Verzug (bei Vorliegen systematischer Obdachlosigkeit).

Was passiert mit Kindern, die entzogen werden?

Es wird versucht Familienarbeit zu machen, weil die Zentren überlastet sind. Concordia ist ein wichtiger Partner für die Behörde. Ziel ist es, auch bei Abnahme der Kinder den Kontakt zu den Eltern nach Möglichkeit zu fördern; die emotionale Bindung Eltern-Kinder ist wichtig.

Was machen sie wenn Kinder im Freien übernachten?

Bei Gefahr im Verzug werden die Kinder sofort abgenommen und im Zentrum untergebracht.

Auch wenn sich die Mutter weigert, Hilfsangebote anzunehmen, müssen die Kinder einstweilen ins Zentrum.

Es erfolgt eine Prüfung in einem Verfahren, das über mehrere Instanzen geht. Die Polizei wirkt dabei mit.

Polizei flößt Respekt ein. Bereits die Drohung mit Kindesentzug ist in vielen Fällen wirksam.

Wenn es öfter wiederholt wird, werden die Kinder dauerhaft entzogen. Im Vorgehen gibt es keinen Unterschied, ob es Sommer oder Winter ist.

Das konsequente harte Durchgreifen haben sie auch gelernt. Es ist eine permanente Arbeit. Viele wollen kein Dach über dem Kopf haben.

Es würde helfen, wenn man sich austauscht, weil nur ein Teil der Familie im Ausland ist und der Rest da ist. Es würde etwas bringen, wenn wir melden, dass die Eltern bei uns sind.

Es wäre im Interesse des Kindeswohls, Informationen über die Familien aus dem Kreis Prahova, die in Dornbirn betteln, mit der Wohlfahrtsbehörde in Ploiesti auszutauschen.

Meldeschiene nach Prahova ganz konkret mit E-mail.



Habitat for Humanity – Annemarie Nesculescu

Internationale NGO, weltweit tätig, seit 20 Jahren in Rumänien; bieten Wohnen (Hausbau) für benachteiligte Gruppen; früher war es reiner Hausbau.

Heute liegt der Fokus darauf, Gemeinschaften in sehr armen Gegenden zu bilden.

Haben erkannt, dass Wohnen nur ein Problem ist, darüber hinaus außerdem Prävention und Hilfe notwendig sind.

Sie arbeiten auch präventiv (Überschwemmungen, Feuer)

Zielgruppe: Benachteiligte Gruppen, hauptsächlich Roma.

Erzählt von den Erfahrungen. HfH hatten ein Dorf für Roma gebaut, das Dorf steht mittlerweile leer, weil alle Roma für die das Dorf gebaut wurde nach Spanien gegangen sind.

HfH haben gelernt, dass man mit Roma anders arbeiten muss, wenn man will, dass sie in den Häusern auch bleiben.

Nur Hausbau funktioniert nicht nachhaltig. Erfahrung: Erwachsene Leute ohne kulturelle Fähigkeiten lassen sich nicht integrieren.

Jetzt arbeiten sie in einem interprofessionellen Konsortium in Kooperationen mit Gemeinden und anderen NGOs.

Lösungen sind nicht schnell und nicht einfach erreichbar, aber möglich.

Eine immens wichtige Grundregel für die Arbeit ist:

Habitat for Humanity tut nichts gratis, die Menschen werden als Partner verstanden, die für das, was sie bekommen, etwas bezahlen müssen, z.B. Arbeitszeit an die Gemeinschaft.

HfH geht mit den Betroffenen in Partnerschaft für 20 Jahre.

Die Betroffenen müssen in der Gemeinschaft mitarbeiten. Eigeninitiative ist gefragt. Es wird zuerst erhoben, was die Gemeinschaft will. Alle haben eine Stimme und tragen Verantwortung. Dann wird mit den Leaders gearbeitet. Mitarbeit ist gefordert. Wissensbank in der Gemeinschaft wird zusammengetragen und genutzt. Niemand bekommt irgendetwas gratis. Auch in den ärmsten Gemeinschaften nicht. Es wird nicht geschätzt, wenn man etwas gratis gibt, man kennt den Wert nicht und kümmert sich nicht darum, z.B. um die Erhaltung der Häuser.

Wenn man die Menschen als Partner ernst nimmt, gibt man ihnen die Würde zurück. Sie sind stolz auf ihre eigene Leistung.

In den Roma Gemeinschaften ist das besonders wichtig. Die Männer sind die Versorger, die Frauen kümmern sich um die Kinder. Frauen sind im Hintergrund, sie haben keine Rollen.

Durch die Einbindung erwerben die Menschen auch wirtschaftliches Wissen, z.B. über den Wert des Geldes, die Kosten für Lebensmittel etc.

Die Erfahrung ist, dass Gemeinschaftsbildung sehr lange dauert; wenn es geschafft wird, funktioniert es auch bei Roma. Die Menschen werden gestärkt, ihre Lage wird nachhaltig verbessert.

Lokale Autoritäten müssen zwar für das Wohnen sorgen, aber wenn sie es nicht tun, passiert nichts.

Stadt entscheidet die Prioritäten. Nationale Regierung und Stadt sind verantwortlich. Oft fehlt es aber an der nötigen Expertise und dem Willen zur Entscheidung.

Nationale Strategie gibt Hoffnung: ausgehend vom Kind und seinen Bedürfnissen bottom – up, wird mit den NGO's diskutiert. Top-down - Bildung, Gesundheit, Sozialwohnungen

Sozialwohnungen gibt es für Menschen mit Einkommen.

es bräuchte Unterscheidung:

- Notwohnungen
- Flüchtlinge
- Katastrophen
- Familien ohne Einkommen

Hält nicht viel von der Stadtregierung von Ploiesti. Es fehlt an Kompetenz und Willen in den lokalen Autoritäten. Dazu kommen unsichere politische Verhältnisse.

Alles in allem gibt es aber Hoffnung, man muss Schritt für Schritt vorgehen.



Alexander Peyre Dutrey – Stellvertretender Botschafter Schweden

Die Botschaft beschäftigt sich inzwischen hauptsächlich mit Roma-Themen.

Das Aufkommen von Roma hat vor 3 Jahren in Schweden begonnen. Schweden waren immer stolz, dass niemand bettelt. Niemand hatte Erfahrung mit Betteln.

Die Erwartung war, dass die Regierung sofort Lösungen hat.

Die schwedische Regierung gab eine ausführliche Studie in Auftrag. Bei der Präsentation der Studie wurden mögliche Folgeaktivitäten präsentiert. Den Städten in Schweden wurde offen gelassen, wie sie agieren. Folglich implementierten Stockholm und Malmö komplett konträre Ansätze.

Die Regierung hat großen Druck auf Rumänien ausgeübt, wie das in einem EU-Land passieren kann. Es gab viele Meetings mit den rumänischen Autoritäten. Schweden musste realisieren, dass es schwierig war, mit Rumänien in Dialog zu treten.

Nach den nationalen Wahlen 2014 kamen viele Schwedische Politiker nach Rumänien, um vor Ort zu sehen, was es für Lösungen gibt.

Die Regierung wollte einen neuen Versuch machen. Der schwedische Gesundheitsminister nahm mit dem Arbeits- und Sozialminister Kontakt auf.

Wie kann man auf allen Ebenen eine einheitliche Strategie fahren?

In manchen Orten in Schweden wurden alle Kinder in die Schule gebracht.

Manche hatten überhaupt keine Toleranz.

Es war notwendig, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Inzwischen gibt es innerhalb von Schweden Dialoge um auf eine Linie kommen.

Am 5. Juni 2015 gab es eine gemeinsame Deklaration zwischen Schweden und Rumänien: Hauptthemen: Kinder, Gesundheit, Bildung – auf Ministerebene gibt es eine gute Zusammenarbeit.

Es gibt eine 200-seitige Studie, Patentlösungen wurden keine präsentiert.

Kinderrechte müssen immer an erster Stelle stehen: man kann Kindern nicht erlauben in Zelten, auf der Straße oder in Autos zu leben.

- 1) Keine Anreize für Kinder in Schweden schaffen: nicht in Schweden in die Schule geben. Beschulung vor Ort in Rumänien!
- 2) Soziale Institutionen: Situation analysieren, Nothilfe, Transporte zurück organisieren
- 3) European Health-Card: manche Krankenhäuser nehmen sie auf oder andere nicht.
- 4) Keine Toleranz bei illegalen Niederlassungen
- 5) Aufruf in den Medien, dass die Menschen das Geld nicht den Bettlern geben, sondern den Hilfsorganisationen

Wissensaustausch:

- Wahrung von Kinderrechten
- Gewalt gegen Frauen,
- Arbeitsintegration

Erfahrungen schwedischer Städte:

Die Städte haben direkte Kontakte mit den offiziellen Stellen im jeweils zuständigen Rathaus in Rumänien. Meistens werden NGO's unterstützt.

Stockholm:

Es wurde eine Notschlafstelle eingerichtet, eine Übernachtung kostet 1 €. Übernachtungen sind nur 5 Nächte möglich, dann müssen sie für 3 Tage hinaus. Die Notschlafstellen gibt es nur im Winter, im Sommer übernachten sie auf der Straße, im Auto oder in selbstgebaute Waldhäusern.

Drei interne Kategorien wo die Notreisenden nächtigen:

- 1) Selbstgebaute Waldhäuser
- 2) Illegales Campen, Autos
- 3) Auf der Straße

Sie müssen sich an die geltenden Regeln halten

Kinder werden ins Flugzeug gesetzt und in Bukarest werden die Minderjährigen von der Jugendwohlfahrt übernommen.

Malmö

Malmö erlaubte eine Niederlassung der Roma – dies führte nachweislich zu Zuzug. Es kamen am Ende einige Hundert Menschen. Mit dem Ergebnis: Sanitärprobleme, Feuerpolizeiliche Schwierigkeiten, Tierhaltung (Schweine etc.) – am Ende herrschten katastrophale Zustände. So dass diese Niederlassung wieder aufgelöst werden musste.

Zusammenfassung:

Kontakt mit Behörden auf allen Ebenen:

Kein Campen

Keine Niederlassungen

Keine Müllablagen

Nur im Winter Notschlafstelle

Keine Toleranz für Kinder – sie werden zurückgeschickt.

Die Schweden haben dasselbe Problem mit Bulgarien



CONCORDIA

Camelia Baci – Projektleiterin Casa Cristina und Casa Alexandra (Concordia)

Das Tageszentrum Casa Christina wurde vor einem Jahr eröffnet. Es bietet für 36 Roma-Kinder aus Mimiú und der Nachbarschaft von Mimiú, einem Slum von Poleisti, Betreuung vor und nach der Schule. Allen Kindern wird eine tägliche Mahlzeit, Lernhilfe, Hausübungen, Vermittlung von Kulturtechniken, formale und nicht-formale Bildungsprogramme, Unterrichtsmaterialien, Kleidung und Gesundheitsinformationen zur Verfügung gestellt sowie Beratung und Unterstützung beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Über die Kinder wird inzwischen auch sehr gute Familienarbeit geleistet. Die Gelder vom Dornbirner Spendenkonto fließen direkt in dieses Projekt. Es gibt bereits jetzt eine lange Warteliste von Kindern, die in das Tageszentrum kommen möchten.

Hier gibt es durchaus Anknüpfungsmöglichkeiten für Dornbirn/Vorarlberg, z.B.:

- von Sozialarbeitern in Kooperation mit der FH Dornbirn
- pädagogisch/didaktische Trainings für die Lehrpersonen, um auch mehrere Kinder in den Klassenzimmern aufnehmen bzw. beschäftigen zu können, über neue Ansätze zu individualisiertem Lehren und Lernen, eventl. in Kooperation mit der pädagogischen Hochschule – würde die Kapazität des Zentrums erhöhen – die Räumlichkeiten lassen auf jeden Fall mehr Kinder zu.



Casa Cristina





Roma-Viertel Mimi





Marius Diaconu Projektleiter Notschlafstelle Sf. Lazar (Concordia)

Rumänien ist das EU-Land, in dem Obdachlosigkeit von sozial benachteiligten jungen Menschen ein besorgniserregendes Ausmaß annimmt. Während in den Jahren nach der Revolution vor allem Minderjährige auf der Straße lebten, sind heute immer mehr junge Menschen im Alter von 18 bis 35 Jahren von Obdachlosigkeit betroffen – bis zu 6.000 junge Menschen alleine in Bukarest. Viele von ihnen haben Suchtprobleme oder sind chronisch krank.

Das Sozialzentrum „Sf. Lazar“ ist gezielt auf die Bedürfnisse in Bukarest ausgerichtet, StreetworkerInnen informieren laufend über das Angebot. Im Rahmen der Erstversorgung bekommen die Obdachlosen im Sozialzentrum eine warme Mahlzeit, sie können duschen, erhalten frische Wäsche und werden bei Bedarf medizinisch versorgt und beraten. Abends öffnet „Sf. Lazar“ seine Türen als Notschlafstelle.

Jene, die in der Lage sind, die alltäglichen Anforderungen zu bewältigen, unterstützen die BetreuerInnen bei der Suche nach adäquaten Wohn- und Ausbildungsangeboten. Andere benötigen intensive Unterstützung, etwa aufgrund von Sucht- oder schwerwiegenden Gesundheitsproblemen. Für jene, die aufgrund ihrer besonderen Problemstellungen keine Chance auf einen regulären Arbeitsplatz haben, gibt es in der Concordia-Werkstatt spezielle Tagesbeschäftigungsangebote.



Notschlafstelle Sf. Lazar



Christian Estermann Direktor Ausbildungszentrum (Concordia)

Das Ausbildungszentrum von Concordia bietet Kurse in den Fachbereichen Kellner/Kellnerin, Koch/Köchin, Tischler/Tischlerin, Bäcker/Bäckerin und für landwirtschaftliche Arbeitskräfte.

Zur Steigerung der Bildungsqualität etabliert Rumänien eine duale Berufsausbildung nach österreichischem Modell. Basis dafür ist das 2014 unterzeichnete Memorandum of Understanding zwischen Rumänien und Österreich.

In Zusammenarbeit mit einer öffentlichen rumänischen Schule wird für das Schuljahr 2015/2016 eine gemeinsame Bäckerklasse realisiert. Das österreichische Bundesministerium für Bildung und Frauen finanziert die im Ausbildungszentrum tätigen österreichischen Lehrkräfte. Ziel ist die Etablierung einer österreichischen Auslandsschule in Bukarest in Kooperation mit dem BMBF.

Jobcoaching ist für die Jugendlichen eine wesentliche Stütze. Je nach Talent und Fähigkeiten entwickeln die MitarbeiterInnen von Concordia gemeinsam mit den Jugendlichen berufliche Perspektiven und führen sie über ein individuelles Bewerbungstraining Schritt für Schritt an das Erwerbsleben heran.







Alle Gesprächspartner bestätigen unisono:

- Es liegt nicht im Interesse des Staates Rumänien, dass seine Bürger nach Westeuropa zum Betteln gehen. Es gibt eine nationale Strategie zur Inklusion der Roma in Rumänien.
- kurzfristige "Lösung" gibt es keine, es gilt, die Situation bestmöglich zu managen
- "die Roma" gibt es genauso wenig, wie es "die Türken" gibt. Es kommt sehr darauf an, aus welcher Stadt, welchem Stadtviertel, welchem Landesteil sie kommen, wie dort die Lebensverhältnisse, die soziale Versorgung und die Lebensgrundlagen sind
- Ein Hauptproblem ist, dass die Kinder nicht oder nur wenige Jahre die Schule besuchen.
- mittel- und längerfristig kann die Situation der Roma nur über die Kinder und nur vor Ort verbessert werden, indem die Kinder möglichst früh betreut, beschult und ausgebildet werden und somit überhaupt eine Lebensperspektive bekommen
- Es gibt in Rumänien soziale Programme zur Unterstützung der benachteiligten Gruppen (Grundversorgung, Krankenversicherung)
- bei einem durchschnittlich erzielbaren Monatseinkommen zwischen 200 und 400 Euro in Rumänien und einem Einkommen von 100 Euro für gering oder gar nicht Qualifizierte ist schon rein ökonomisch der Anreiz, sich über Betteln im Norden ein viel höheres Einkommen zu erzielen gegeben und höher, als vor Ort zu bleiben. Die Gesprächspartner gehen davon aus, dass mit Betteln in Westeuropa ein Einkommen von zumindest 500 Euro pro Monat erzielt werden kann.

„Lessons learned“ der NGO's und Behörden vor Ort

- *Roma aus Rumänien und Menschen in Westeuropa leben in völlig unterschiedlichen Realitäten. Jene Roma, die bei uns als Notreisende ankommen, sind immer noch in ihrer herkömmlichen Sozialisation verankert. Es sind Nomaden, die ihre geschichtlich tradierten Lebensentwürfe pflegen und wenig bis kein Verständnis für die herrschenden Gesetze und Regeln haben. Anreize wie z.B. die Bereitstellung von Unterkünften und Geldspenden in den Ländern, wo gebettelt wird, führen immer zu einem Zuzug. Auch von Roma muss die Einhaltung der geltenden Gesetze ohne Ausnahme verlangt werden (Aussage von Valeriu Nicolae)*
- es nützt nichts, nur Häuser hinzustellen und zu glauben, damit das "Roma-Problem " gelöst zu haben. Wichtig ist, die Menschen aktiv einzubeziehen, damit sie Verantwortung übernehmen („Community Building“). Es darf nichts umsonst geben; alle müssen nach ihren Möglichkeiten einen Beitrag leisten. Die Erfahrung ist, dass Geschenke nicht geschätzt werden, der Wert ist nicht erkennbar, es wird nicht darauf geachtet.
- Durch das aktive Einbeziehen erhalten die Menschen ihre Würde zurück, Frauen bekommen eine Stimme.
- Ohne integrative soziale Arbeit, ohne Bildungsarbeit, ohne vertrauensbildende vorbereitende Maßnahmen und letztlich, ohne die Kinder von Geburt an zu begleiten ist kein Erfolg zu erzielen
- Projekte müssen langfristig angelegt sein, es braucht Expertise vor Ort und die Kooperation mit den Behörden und öffentlichen Stellen
- die konsequente Einhaltung von Regeln wird in allen Einrichtungen eingefordert. Wer sich nicht daran hält, fliegt raus.
- das Wohl der Kinder steht im Vordergrund, die Jugendwohlfahrt arbeitet nach ganz ähnlichen Prinzipien wie in Vorarlberg, das Übernachten von Müttern mit Kindern im Freien wird nicht toleriert

„Lessons learned“ für Vorarlberg

- auf das Recht der Kinder auf Unversehrtheit und das Recht, für die Erwachsenen, ihre Würde zu wahren, ist vorrangig Rücksicht zu nehmen
- für Roma müssen ausnahmslos dieselben Regeln gelten, wie für Einheimische, alles andere führt zu schweren Akzeptanzproblemen
- illegale Camps und Siedlungen dürfen konsequent nicht geduldet werden. Der (politische) Preis für deren Beseitigung, wenn sie eine bestimmte Größe erreicht haben ist immens
- legale Zeltplätze funktionieren nicht und sollten keinesfalls angeboten werden – Erfahrung Schweden
- Notschlafstellen sollten nur im Winter und in begrenzter Zahl angeboten werden, es muss klare Regeln geben, die konsequent eingehalten werden.
- das Übernachten von Kindern im Freien darf konsequent nicht geduldet werden
- eine Beschulung der Kinder sollte - in Kooperation mit den rumänischen Behörden, NGO's und Hilfsprojekten - ausschließlich in Rumänien erfolgen, das aber möglichst lückenlos und konsequent
- die Kooperation mit Rumänien ist auf allen Ebenen zu suchen und konsequent aufrecht zu erhalten: Sozialministerium, Stadtverwaltungen, Kreisverwaltung, Jugendwohlfahrt, Sicherheitsbehörden / Polizei, NGO's , Hilfsprojekten - aus Vbg Sicht vor allem Concordia
- die Bevölkerung kann natürlich frei entscheiden, ob sie bettelnden Menschen Geld gibt und/oder zielführender Hilfsprojekte vor Ort unterstützen – die Unterstützung vor Ort ist aus Sicht der Kinder auf alle Fälle zielführender. Es soll vermittelt werden, dass die (für rumänische Verhältnisse hohen) Bettel-Einkünfte von den Menschen nicht zur nachhaltigen Verbesserung ihrer Situation der Familien in Rumänien verwendet werden.
- Österreich hat nicht im Ansatz eine nationale Strategie, wie mit bettelnden (Roma) umgegangen werden soll. Jedenfalls in Vorarlberg müssen alle betroffenen Städte und Gemeinden sowie das Land eine gemeinsame Strategie fahren, alles andere ist zum Scheitern verurteilt oder führt nur zu einer Problemverlagerung